

Pädagogikpaket: ExpertInnen sehen Licht und Schatten

ÖVP und FPÖ beschließen Schulrechtsnovelle trotz Widerstands der Opposition

(Wien/PK) - Fortschritt oder Rückschritt, zwischen diesen Gegenpolen schwankten heute im **Unterrichtsausschuss des Nationalrats** die Beurteilungen des Pädagogikpakets, das das Bildungsministerium (BMBWF) zur leistungsorientierten Weiterentwicklung der Pflichtschulen vorgeschlagen hat. Ob Änderungen wie die verpflichtende Benotung ab Ende der zweiten Schulstufe sich positiv oder negativ auf die schulische Entwicklung der Kinder auswirken werden, darüber waren nicht nur Regierungsfraktionen und Opposition uneines. Auch die Meinungen der ExpertInnen, die der Ausschuss zum Hearing über den Gesetzesvorschlag geladen hatten, lagen teilweise weit auseinander. So warb Schulpädagogikexperte Erwin Rauscher für die Notengebung als Mittel zur Klarheit über Stärken und Schwächen von SchülerInnen, und auch Schulinspektorin Helga Reiter sowie Sektionschef Klemens Riegler-Picker lobten die Gesetzesvorlage. Erziehungswissenschaftler Ferdinand Eder hingegen warnte, schlechte Noten für Zweitklässler wirkten demotivierend und stigmatisierend, wobei er mit Schuldirektor Josef Reichmayr und Gabriel Bremer, selbst Schüler, auf einer Linie lag.

Bildungspolitisch bewege man sich mit dem Pädagogikpaket in die falsche Richtung, da Ungerechtigkeiten verstärkt würden, meinten auch SPÖ, NEOS und JETZT. ÖVP und FPÖ widersprachen: Für die gezielte Förderung der SchülerInnen schaffe die Novelle den richtigen Rahmen. Im Anschluss an die Expertenkonsultation nahm die Ausschussmehrheit von ÖVP und FPÖ den Gesetzesvorschlag an. Bildungsminister Heinz Faßmann betonte, der Entwicklung des Vorschlags sei eine breite Diskussion mit sämtlichen Bildungsdirektionen, mit LehrerInnen, Eltern, SchülervertreterInnen und dem Qualitätssicherungsrat vorangegangen. Konkret zur Benotungsfrage sagte er, die Ziffernoten gingen einher mit

verbalen Beurteilungen. Der Dialog zwischen LehrerInnen, Eltern und Kindern werde dadurch unterstützt.

Die als Pädagogikpaket 2018 beschlagwortete Schulrechts-Sammelnovelle soll laut Gesetzesentwurf (**373 d.B.**) zu mehr Transparenz und Objektivität bei der Leistungsbeurteilung in Volksschulen und Mittelschulen führen. Dementsprechend plant die Regierung wieder Ziffernnoten ab dem zweiten Semester der 2. Volksschulklasse, wobei negative Jahreszeugnisnoten bereits dann zum Wiederholen der Klasse führen können. Neben einer besseren Vergleichbarkeit der Beurteilung will man sicherstellen, dass Förderbedarf bei SchülerInnen frühzeitig entdeckt und mit obligatorischem Förderunterricht behoben wird. An den Mittelschulen, wie die Neuen Mittelschulen künftig heißen sollen, will Minister Faßmann die Notenzahl von 7 auf 5 reduzieren, die Differenzierung in "Standard" und "Standard AHS" ab der zweiten Klasse einführen, und zusätzlich eine dauerhafte Gruppenbildung der SchülerInnen anhand ihrer Leistungsniveaus in den Pflichtfächern ermöglichen. Überdies sieht der Entwurf mit Verweis auf die Ausbildungspflicht bis 18 ein freiwilliges 10. Schuljahr an Polytechnischen Schulen vor.

Faßmann: Objektive Bewertung als Grundlage für Förderung

Die laut Novellenentwurf verpflichtenden Kinder-Eltern-Lehrer-Gespräche an den Volksschulen rückte Minister Faßmann in den Mittelpunkt seiner Ausführung zur geplanten Leistungsbewertung. Die Ziffernnoten dienen dabei als objektiv nachvollziehbare Grundlage, den Lernprozess der Schülerin oder des Schülers und etwaige Fördermaßnahmen zu besprechen. Genauso werde die Möglichkeit zur dauerhaften Gruppierung von SchülerInnen der Mittelschulen deren gezielte Förderung unterstützen, ist Faßmann überzeugt. Zudem stärke diese am Schulstandort festzulegende Differenzierungsform die Schulautonomie. Für das freiwillige 10. Schuljahr an Polytechnischen Schulen für SchulabgängerInnen, die ohne positives Zeugnis die 9. Schulstufe beendet haben, sicherte der Bildungsminister die budgetäre Abdeckung zu.

Düsterer Ausblick von Reichmayr, Eder, Bremer

Für Schuldirektor Josef Reichmayr, der die ganztägige Volks- und Mittelschule "Lernwerkstatt" im 20. Wiener Gemeindebezirk leitet, droht mit dem Pädagogikpaket eine "Entmündigung der Betroffenen". Von PädagogInnen im Schulalltag erarbeitete Modelle wie mehrstufige Lerngruppen und alternative Beurteilungsformen würden extrem

zurückgefahren, obwohl Standorte wie die Lernwerkstatt schon seit 20 Jahren erfolgreich damit arbeiteten. Dringend empfahl Reichmayr, nach eigenen Worten "kein Freund der Noten", die alternative Beurteilung basierend auf pädagogisch entwickelten Rastern zumindest bis zur 3. Schulstufe zuzulassen. In Hinblick auf die künftige Differenzierung an Mittelschulen ab der 6. Schulstufe titelte er den Novellenvorschlag in "Etikettierungspaket" um, das aufgrund der gesetzgeberischen Vorschriften einer echten Autonomie der Schulen entgegenstehe. Insgesamt meinte der Direktor, den Schulen werde eine Schulreform aufgedrängt, obwohl die Mehrheit der Pflichtschulen auf bestehende alternative Lehr- und Beurteilungsmethoden setze.

Ferdinand Eder, Universitätsprofessor für Lehramtsausbildung, fällt ein harsches Urteil über das Gesetzesvorhaben. Das Pädagogikpaket werde dem Ansatz, das Lernen zu unterstützen, gerade mit der frühen Benotung von Volksschulkindern nicht gerecht. "Die lernförderliche Wirkung von Noten ist relativ gering", richtete der Erziehungswissenschaftler und Repräsentant der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen den Regierungsfractionen aus. Ziffernnoten hätten weder in Bezug auf die tatsächliche Leistung noch auf das Leistungspotential hinlänglich Aussagekraft. Auf's Schärfste verurteilte Eder die Möglichkeit des "Sitzenbleibens" für Achtjährige: dies führe zu einer Stigmatisierung und Traumatisierung der SchülerInnen, die sich negativ auf die gesamte Bildungskarriere der Betroffenen auswirkten. Die Einteilung der MittelschülerInnen nach Leistungsniveaus erhöhe die Bildungsungleichheit weiter, hätten doch Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten wenig Aussicht auf eine Aufstufung.

Als Vertreter von YEP, dem Verein für Mitbestimmung, gesellschaftliche Partizipation und Empowerment von Jugendlichen, hielt Gabriel Bremer eine Grundsatzrede zur Neuausrichtung des Schulsystems. "Kinder sind mehr als bloße Ziffern!" forderte er einen Ausbau der alternativen Leistungsbeurteilung und eine Leistungsdifferenzierung an Mittelschulen, die Jugendliche nicht aus ihrem Klassenverband drängt. Die Einteilung von MittelschülerInnen in die Leistungsniveaus "Standard" und "Standard AHS" erfolge in den ersten zwei Wochen der 6. Schulstufe viel zu früh, bei einer bundesweiten Schülerbefragung hätten sich 80% dagegen ausgesprochen. Überdies brauche es mehr Investitionen in die Bildung bzw. in schulisches Supportpersonal, so der 19-jährige Handelsakademiestudent und er erinnerte, "die Jugend macht 20 Prozent der Bevölkerung aus, aber 100 Prozent der Zukunft". Vor

diesem Hintergrund täte die Politik gut daran, Gesetze für SchülerInnen gemeinsam mit den Jugendlichen zu erarbeiten.

Sonnige Prognose von Rauscher, Reiter und Riegler-Picker

Eine "Chance für neue Schulentwicklung durch mehr Schulautonomie" erwartet Erwin Rauscher, Rektor der Pädagogischen Hochschulen Niederösterreich, vom anvisierten Pädagogikpaket. Die Mittelschulen erhielten mehr Wertschätzung, indem die autonomen Differenzierungsmöglichkeiten der Individualität jedes Schülers und jeder Schülerin Rechnung tragen. Speziell zur Notengebung an Volksschulen hielt er den KritikerInnen entgegen, fraglos sei "Motivieren mit Noten" verbreitete Praxis im Schulsystem. Ziffernnoten bilanzierten die Leistungen leicht verständlich, wodurch dem Unterricht im Sinne der Schulkultur mehr Spielraum eröffnet werde. Die Novelle konnotiere Leistung positiv, appellierte er, das Gesetzesvorhaben ohne ideologische Schranken zu beurteilen. "Ohne Leistungsbeurteilung gibt es keine Bildungsgerechtigkeit".

"Praxisorientiert" bewertete Pflichtschulinspektorin Helga Reiter den Vorschlag zum Pädagogikpaket, dem sie ein durchwegs gutes Zeugnis ausstellte. "Wir leben in einer Leistungsgesellschaft, das muss im Schulwesen wiedergespiegelt werden", lobte sie die Abkehr von der alternativen Leistungsbeurteilung, die ihr zufolge in zahlreichen Schulversuchern gescheitert ist. Die verbale Benotung sei dabei zu "Notenattrappen" verkommen, mit denen Kinder und Eltern nichts hätten anfangen können und die die LehrerInnen überforderten. Nicht zuletzt die Wirtschaft sei auf klare Leistungsbewertungen angewiesen, wofür nun schon an den Volksschulen anhand standardisierter Beurteilungsraster für Ziffernnoten die Grundlage gelegt werde. Laut Reiter hat sich folglich die große Mehrheit der Schulen für die Wiedereinführung der Noten ab dem 2. Schuljahr ausgesprochen, ebenso werde von den PraktikerInnen die standortautonome Möglichkeit der dauerhaften Leistungsgruppenbildung an den Mittelschulen begrüßt.

Den Erwerb der Grundkompetenzen an Volksschulen habe man mit dem Pädagogikpaket im Fokus, erklärte Klemens Riegler-Picker, Sektionschef im Bildungsministerium. Die kompetenzorientierte Benotung kombiniert mit verbalen Beschreibungen mache Sinn, verwies der Ministerialbeamte auf Empfehlungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, quantitative Noten mit qualitativen Bewertungen zu verbinden. Die mehrfach kritisierte Klassenwiederholung ab der zweiten Schulstufe werde bildungswissenschaftlich durchaus auch förderlich für den Bildungsweg

gesehen, zumal das "Sitzenbleiben" in der zweiten Volksschulklasse jedenfalls nur als pädagogisch letztes Mittel gedacht sei. Riegler-Picker sieht damit die Gefahr gebannt, dass schlechte SchülerInnen ohne Leistungsverbesserung in die Mittelschule gelangen.

Leistungsbeurteilung: Regierung für Noten, Opposition für Alternativen

Sämtliche Fraktionen im Ausschuss wollen ein Bildungssystem, das Kinder und Jugendliche bestmöglich auf das weitere Leben vorbereitet, wie Stephanie Cox (JETZT) es auf den Punkt brachte: "Die Schule soll der Nährboden für ein selbstbestimmtes Leben sein". Über die Ausgestaltung des Schulwesens weichen die Zugänge jedoch stark voneinander ab, wie sich heute bei der Diskussion über das Pädagogikpaket neuerlich zeigte. Während Rudolf Taschner unterstrich, "wir brauchen anspruchsvolle Schulen", und diese Intention in der Benotung ab der Volksschule umgesetzt sieht, warf Sonja Hammerschmid (SPÖ) der Regierung vor, "soziale Trennwände" im Bildungsbereich wieder zu errichten. Schulischer Erfolg entstehe nur in einer positiven, ansprechenden Schulkultur, wies die ehemalige Bildungsministerin auf über 2000 Schulversuche hin, die alternative Leistungsbeurteilungen treffsicher und an pädagogischen Kompetenzen orientiert umgesetzt hätten. Benotung ab der zweiten Schulstufe erhöhe dagegen den Leistungsdruck bei allen Beteiligten, gab Hammerschmid Parteikollegin Katharina Kucharowits zu bedenken.

Für die FPÖ ist das Pädagogikpaket eine Notwendigkeit, dem Leistungsverfall unter SchülerInnen beizukommen. Die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsuntersuchung PISA würden belegen, dass angesichts des schlechten Abschneidens heimischer SchülerInnen bei den Grundfertigkeiten sinnerfassendes Lesen, Rechnen und Schreiben eine Schulreform dringend erforderlich ist, sind die Freiheitlichen Gerald Hauser und Wendelin Mölzer einig. Die Schulrechtsnovelle werde dank stärkerer Leistungsförderung und Differenzierung für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Pflichtschulen sorgen, ist Gertraud Salzmann (ÖVP) zuversichtlich.

Douglas Hoyos-Trauttmansdorff (NEOS) bestätigte zwar, Änderungen am Schulsystem seien hoch an der Zeit, doch sprach er sich für Arbeiten am "Gesamtsystem" aus. Das Pädagogikpaket liefert seiner Meinung nach Rückschritte in mehreren Bereichen, es trage nicht zu einem zukunftsorientierten Bildungssystem bei, zumal viele Maßnahmen ohne Evidenz und nur aus parteipolitischen Gründen gesetzt worden seien. Genauso wie Cox plädierte der NEOS-Sprecher dafür, die Neugier im

Schulunterricht stärker zu fördern. "Neugier ist das, was Menschen antreibt". (Schluss Unterrichtsausschuss). rei

Rückfragehinweis:

Pressedienst der Parlamentsdirektion

Parlamentskorrespondenz

Tel. +43 1 40110/2272

pressedienst@parlament.gv.at

<http://www.parlament.gv.at>

www.facebook.com/OeParl

www.twitter.com/oeparl

ZUM PRESSROOM

